

## Kernpositionen- und Botschaften des BFA ASEM zum Wahlprogramm von CDU/CSU

### Grundsätzliche Botschaften:

Als politisch starkes Land in der **Mitte Europas** und weltweit führende Wirtschaftsnation hat Deutschland ein **vitales Interesse** an **einer dauerhaft friedlichen, stabilen und gerechten Ordnung** in der Welt. Wir leisten wesentliche Beiträge, um eine solche Ordnung zu schaffen, zu stärken und zu verteidigen. Damit kommen wir unserer seit der Wiedervereinigung größer gewordenen außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung nach.

Geleitet werden wir dabei von der Bindung unseres Tuns an den unumstößlichen Wert der Menschenwürde, den Schutz der Menschenrechte, von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz.

Wir werden in unserer Verantwortung gefordert, denn die weltpolitische Lage ist angespannt und voller Krisen und Herausforderungen. Sie betreffen uns in Europa unmittelbar. So die Machtprojektion Russlands, die unsere Nachbarregionen destabilisiert oder der internationale Terrorismus, der seinen Schrecken in die Innenstädte Europas trägt.

Weltweite Migrationsbewegungen sind Folge von Krieg, Unterdrückung oder schreiender Not in anderen Weltregionen. Der Fokus deutscher Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik muss darum global sein. Für die nächsten Jahre wird die Schaffung von Lebensperspektiven in den Herkunftsländern der Flüchtlinge vorrangig sein, damit Menschen sich erst gar nicht auf den Weg machen bzw. Rückkehrer eine neue Chance in ihrer angestammten Heimat erhalten.

Unser Handeln und unser Engagement erfolgen eingebunden in Bündnisse und internationale Organisationen, allen voran NATO und EU, im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE, und in enger Absprache mit unseren Verbündeten und Partnern. Kern deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist es darum, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Deutschland muss für ein verlässliches Engagement in Bündnissen stehen. Wir sind bereit, innerhalb von Bündnissen und Koalitionen auch Führung zu übernehmen.

Um den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute gewachsen zu sein, müssen die Instrumente der Diplomatie, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines Vernetzten Ansatzes besser miteinander abgestimmt und koordiniert werden. Wir wollen die guten Erfahrungen der vergangenen Jahre nutzen, um dies national wie international weiter zu verbessern. Und wir wollen damit fortfahren, Partner z.B. in Afrika oder dem Nahen und Mittleren Osten dazu zu befähigen, selbst mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit, Frieden und Stabilität zu übernehmen.

Grundlage ist der **Weißbuchprozess 2016**, der zur Fortentwicklung unserer nationalen Sicherheitsstrategie und der strategischen Kultur unseres Landes beiträgt.

### Transatlantische Partnerschaft und Lastenteilung:

Die USA sind und bleiben unser wichtigster außereuropäischer Partner. Wir verdanken Ihnen viel: Ihr Vertrauen und ihre Unterstützung nach dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschlands Weg zurück in die Familie der freien demokratischen Nationen und die deutsche Wiedervereinigung erst ermöglicht. Und auch angesichts der zukünftig absehbaren Herausforderungen verbinden uns gemeinsame Werte mit unseren nordamerikanischen Partnern enger, stärker und haltbarer als mit irgendeiner anderen Region der Welt.

Die Verbindung der Menschen über den Atlantik hinweg hat viele Standbeine und ist auf das engste miteinander verwoben: Von den florierenden Wirtschaftsbeziehungen über den Austausch von Kultur und Wissenschaft bis hin zur Bündnispartnerschaft in der NATO.

Die NATO ist und bleibt unverzichtbarer Garant der Sicherheit Deutschlands und Europas.

Ein zentrales Anliegen Deutschlands ist es darum, sie zu stärken. Wir alle profitieren vom Schutz der NATO, ebenso müssen wir alle dazu beitragen, dass die NATO ihr Schutzversprechen für ihre 28 Partnerländer erfüllen kann. Schon vor fünfzehn Jahren haben sich die NATO-Partner darauf verständigt, 2 Prozent ihres BIPs für Verteidigung aufzuwenden. Angesichts der Verschärfung der sicherheitspolitischen Lage haben sie diese

57 Absicht auf dem NATO-Gipfel 2014 bekräftigt und sich verpflichtet, diese 2 Prozent innerhalb  
58 einer Dekade zu erreichen.  
59 Deutschland steht zu seiner Zusage, schrittweise bis zur Mitte der nächsten Dekade das 2%  
60 Ziel zu erreichen und die Investitionsquote auf 20 Prozent des gesamten  
61 Verteidigungsbudgets zu steigern. Dies ist sicherheitspolitisch nötig, um einerseits die  
62 Lücken in der Bundeswehr zu schließen und andererseits dringende Modernisierungsschritte  
63 wie im Cyberbereich zu ermöglichen. Ferner gilt es durch die Reduzierung der Typenvielfalt auf  
64 europäischer Ebene die kostengünstigere Standardisierung voranzutreiben und die Fähigkeit zur  
65 Zusammenarbeit der unterschiedlichen Streitkräfte zu verbessern.  
66 Deutschland steht auch zu seiner Zusage, schrittweise die ODA-Quote zu erreichen, nämlich  
67 die öffentlichen entwicklungspolitischen Ausgaben auf 0,7 Prozent des BIP zu erhöhen.  
68 Zusammen ist dies Grundlage verantwortlichen deutschen Handelns in der Welt und kann  
69 nicht etwa zu Lasten anderer Partner gegeneinander aufgewogen werden.  
70 Wir wollen unserem Gewicht entsprechend Aufgaben im Bündnis übernehmen. Vor allem  
71 aber ist eine faire transatlantische Lastenteilung durch einen starken europäischen Pfeiler in  
72 der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erreichen. Deshalb müssen sowohl der  
73 europäische Anteil innerhalb der NATO, wie auch die Strukturen der Gemeinsamen  
74 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gestärkt werden.

75

### 76 **Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion**

77 Es ist unser Interesse Europa in die Lage zu bringen, aus eigener Kraft für Frieden und  
78 Stabilität in unserer Nachbarschaft im Osten und Süden sorgen zu können. Dazu muss die  
79 EU ihre einzigartige Verbindung ziviler und militärischer Ressourcen und Instrumente besser  
80 miteinander verbinden und schneller zur Geltung bringen. Dies gilt insbesondere für die  
81 Regionen wie z. B. Afrika und unsere nordafrikanische und nahmittelöstliche Gegenküste,  
82 deren Sicherheit und Stabilität direkt auf die Sicherheit unseres Kontinents ausstrahlt.  
83 Deutschland wird deswegen das Ziel einer Europäischen Sicherheits- und  
84 Verteidigungsunion weiter mit konkreten Schritten vorantreiben. Wir wollen dies unter  
85 Einbeziehung aller langfristig in der EU verbleibenden 27 Staaten erreichen, auch mit dem  
86 im Vertrag von Lissabon verankerten Instrument einer Ständigen Strukturierten  
87 Zusammenarbeit. **Insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien** als die drei großen  
88 Länder in Europas Mitte sollten hier gemeinsam der **Motor** sein, eng abgestimmt vorgehen  
89 und die anderen mit einbeziehen.

90

91 Die Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Fähigkeiten der EU ist  
92 komplementär zur NATO. Beide Organisationen ergänzen sich und müssen ihre  
93 Zusammenarbeit optimieren. So dient der Aufbau einer europäischen Sicherheits- und  
94 Verteidigungsunion, das Bündeln oder der gemeinsame Aufbau neuer militärischer  
95 Fähigkeiten in Europa zugleich auch der Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO.  
96 *Insbesondere geht es darum, innerhalb der NATO mit einer **verbesserten Interoperabilität***  
97 *von Ausrüstung und Ausbildung sowie einer **verstärkten Zusammenarbeit** den*  
98 *Zusammenhalt und die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen.* Ein starkes Europa einschließlich  
99 einer besseren *entwicklungspolitischen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union*  
100 nützt der NATO ebenso wie eine geschlossene NATO Europa stärkt.

101

### 102 **Internationale Organisationen und Zusammenarbeit**

103 Wir engagieren uns für eine regelbasierte internationale Ordnung, denn nicht das Recht des  
104 Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft dauerhaften Frieden und Stabilität  
105 weltweit. Deswegen wollen wir die Wirksamkeit und Legitimation der Vereinten Nationen  
106 stärken. Nur so wird sie ihre wichtige Rolle als globaler Akteur für Konfliktvorbeugung,  
107 Krisenreaktion und internationale Verständigung besser erfüllen können.

108

109 Dies gilt auch für die OSZE. Sie hat in den vergangenen Jahren bewiesen, wie wichtig sie als  
110 Instrument des Dialogs und der Transparenz ist. Wir wollen darum unsere Bemühungen um  
111 eine Stärkung der OSZE gerade in Zeiten fortsetzen, in denen eine Vielzahl ungelöster

112 Konflikte im OSZE Raum und dabei insbesondere die inakzeptable Destabilisierung des  
113 Ostens der Ukraine unsere volle Aufmerksamkeit verlangt.

114 Ein zentrales und bewährtes Element der Sicherheitspolitik ist und bleibt die  
115 Rüstungskontrolle. Wir werden uns dafür einsetzen, die Regime der konventionellen wie  
116 nichtkonventionellen Rüstungskontrolle wieder zu stärken.

117  
118 Darüber hinaus arbeiten wir darauf hin, uns im Rahmen der G7 und G20 auf gemeinsame  
119 Werte und Interessen zu verständigen sowie globale Normen im internationalen System zu  
120 verankern.

121  
122 **Regionen unseres Interesses:**

123 **Balkan:**

124 Die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten des westlichen  
125 Balkans liegen im deutschen wie europäischen Sicherheitsinteresse. Deutschland unterstützt  
126 die Beitrittsperspektive aller Staaten der Region zur EU und achtet darauf, dass die  
127 Beitrittskandidaten die anspruchsvollen politischen und wirtschaftlichen Beitrittsbedingungen  
128 auf Dauer erfüllen und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU aktiv  
129 unterstützen.

130 Wir werden deshalb auch schon vor Beginn von Beitrittsverhandlungen konsequent die  
131 Anpassung der Rechtsstaatlichkeit an EU-Standards durchsetzen und dazu langfristige Hilfe  
132 durch technische Zusammenarbeit für einen erfolgreichen Prozess anbieten. In der  
133 Zwischenzeit wollen wir die regionale Zusammenarbeit mit Unterstützung der EU – wie der  
134 von Bundeskanzlerin Merkel initiierte Berlin-Prozess – fortsetzen und ausbauen.

135  
136 **Russland:**

137 Das Verhalten Russlands in Georgien, der Republik Moldau, auf der Krim, im Osten der  
138 Ukraine, in Syrien und in Libyen hat zu einem enormen Vertrauensverlust geführt. Wir  
139 wollen, dass durch Dialog, Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung und konkretes  
140 Handeln schrittweise das Misstrauen abgebaut wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass  
141 der NATO-Russland-Rat wieder regelmäßig – auch auf Ministerebene - tagt. Jedoch  
142 bestehen wir auf die Rückkehr Russlands zu einer regelbasierten Ordnung und zu den  
143 Grundlagen des Völkerrechts.

144 Wir werden unsere Bemühungen weiter verstärken, um mit Russland zu einer Regelung von  
145 Krisen und Konflikten in Europa und der europäischen Nachbarschaft zu kommen und den  
146 internationalen Terrorismus gemeinsam zu bekämpfen

147  
148 **Ukraine:**

149 Wir unterstützen die Ukraine bei ihrer Modernisierung mit aller Kraft. Zugleich fordern wir  
150 auch die **konsequente Umsetzung der Reformen** ein und gewähren Finanztransfers nur  
151 unter strikter Konditionalität. Die Ukraine könnte so zu einem Erfolgsmodell der  
152 Zusammenarbeit zwischen der EU und wichtigen Nachbarstaaten werden.

153  
154 **Naher Osten:**

155 Um Sicherheit, Ordnung und Stabilität in der Region wieder zu stärken, wollen wir mit  
156 strategisch wichtigen Staaten wie Türkei, Libanon, Jordanien partnerschaftlich  
157 zusammenarbeiten. Unsere Unterstützung für diese Staaten umfasst sowohl das bewährte  
158 Instrument der Ertüchtigung als auch entwicklungspolitische Instrumente. Im Mittelpunkt  
159 steht der Kampf gegen den so genannten IS, dessen Terror eine tödliche Bedrohung für die  
160 ganze Welt darstellt. Zugleich bekämpfen wir mit unseren Bemühungen aber auch aktiv  
161 Fluchtursachen und schaffen zugleich Rückkehrperspektiven für viele zu uns geflohene  
162 Menschen.

163  
164 **Israel:**

165 Wir stehen konsequent für das Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen als jüdischer,  
166 demokratischer Staat sowie für einen souveränen, lebensfähigen palästinensischen Staat  
167 ein. Deutschland tritt deswegen im Dialog mit Politikern im Nahen Osten für eine **Zwei-**

168 **Staaten-Lösung** ein und versucht die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.  
169 Dazu gehört es auch, wo angebracht, Kritik an bestehenden Verhältnissen, wie der  
170 Siedlungspolitik in der West Bank, zu üben.

171  
172 **Türkei:**

173 Die Türkei ist in der Region für die Lösung fast aller politischen Fragen ein unverzichtbarer  
174 Partner. Mit über 3 Millionen Menschen türkischer Herkunft, die in unserem Land zu Hause  
175 sind, ist die Qualität unserer Beziehungen mit der Türkei unmittelbar für die deutsche  
176 Innenpolitik von großer Bedeutung. Die Türkei ist auch als NATO-Partner für uns ein  
177 wichtiger strategischer Partner.

178 Wir haben ein großes Interesse an einer politisch und wirtschaftlich erfolgreichen Türkei mit  
179 einer stabilen Demokratie und einer lebendigen Zivilgesellschaft. Daher beobachten wir die  
180 die innenpolitischen Entwicklungen der Türkei, insbesondere die Einschränkung der  
181 Pressefreiheit mit großer Sorge. Es liegt in unserem Interesse, den Dialog mit der Türkei  
182 auch über kritische Fragen intensiv weiterzuführen.

183 Wir wollen eine möglichst enge Anbindung der Türkei an die Europäische Union. Dies gilt  
184 nicht nur in den Fragen von Wirtschaft, Handel und Energie, sondern auch für Dialog und  
185 Vernetzung im Bereich der Zivilgesellschaft sowie eine enge strategische Zusammenarbeit in  
186 außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU  
187 lehnen wir ab, da die dafür notwendigen Voraussetzungen auf beiden Seiten nicht gegeben  
188 sind.

189  
190 **Afrika als Chance und Herausforderung:**

191 Afrika ist ebenso Chance wie Herausforderung für Europa. Ein **stabiler, wirtschaftlich und**  
192 **politisch starker Nachbarkontinent** ist im zentralen Interesse Deutschlands und Europas.  
193 Trotz beachtlicher Entwicklungsfortschritte in den letzten 10 Jahren bestehen erhebliche  
194 Herausforderungen bei Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und den  
195 Rahmenbedingungen für selbstbestimmtes wirtschaftliches Handeln in den meisten Staaten  
196 Afrikas fort. Angesichts der absehbaren Verdopplung der Bevölkerung Afrikas bis zur Mitte  
197 des Jahrtausends mit der Hälfte der Menschen in Afrika dann unter 25 Jahren benötigt Afrika  
198 nicht weniger als 20 Millionen Arbeitsplätze pro Jahr. Zugleich ist Afrika ganz besonders vom  
199 Klimawandel betroffen; zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird unbrauchbar  
200 werden. Dies sind Ursachen für die Flucht und Migration vieler Millionen Menschen innerhalb  
201 des Kontinents und auch nach Europa.

202  
203 Afrika soll in Absprache mit den europäischen Partnern, der Afrikanischen Union (AU) und  
204 neuen Gebern im Rahmen der G20 zu einem noch größeren Schwerpunkt unserer  
205 Entwicklungspolitik werden, als dies ohnehin der Fall ist. Insbesondere wollen wir die  
206 Partnerschaft mit ausgewählten Staaten Afrikas intensivieren, um den Migrationsdruck zu  
207 mindern sowie dortige Kapazitäten zur Bewältigung der Herausforderungen zu verbessern.  
208 Wir wollen auch im eigenen Interesse unser sicherheitspolitisches Engagement in Afrika  
209 zusammen mit unseren europäischen und internationalen Partnern fortsetzen, um Sicherheit,  
210 Frieden und Stabilität dort zu fördern. Gerade in Afrika erweist sich dabei die Vernetzung der  
211 verschiedenen Instrumente – von Diplomatie über Entwicklungszusammenarbeit bis hin zum  
212 Einsatz von Streitkräften – als notwendig und erfolgversprechend. Und diese Vernetzung  
213 sollte ergänzt werden um Investitionen der deutschen Wirtschaft in die nachhaltige Zukunft  
214 unseres Nachbarkontinents.

215 Wir wollen zum wechselseitigen Nutzen einen wesentlichen Beitrag zur Diversifizierung der  
216 afrikanischen Wirtschaft und zur Überwindung der strukturellen Kernprobleme leisten. In  
217 diesem Zusammenhang wird die Stärkung des Handels und der regionalen Integration, die  
218 Weiterentwicklung der Infrastruktur (Energie, Wasser, Verkehr), eine Diversifizierung der  
219 Wirtschaft und der Ausbau von Bildungs- und Wissenschafts-Kooperationen mit Afrika zur  
220 Generierung von Wohlstand eine wichtige Rolle einnehmen. Aber auch die nachhaltige  
221 Nutzung des Rohstoffreichtums Afrikas und die **bessere Verwendung der Erlöse** für die  
222 wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents wird eine wichtige Rolle spielen.

223

224 Dabei wissen wir, dass die Verantwortung für Entwicklung in den Händen der afrikanischen  
225 Regierungen und Eliten liegt. Wir werden deshalb auch künftig in Afrika die Schwächsten  
226 und Ärmsten unterstützen und zugleich die Übernahme von Eigenverantwortung sowie  
227 Eigenleistungs- und Reformorientierung unserer afrikanischen Partner besonders  
228 anerkennen und belohnen.

229

230 Gleichmaßen wollen wir vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums das wichtige  
231 **gesundheitpolitische Engagement Deutschlands** fortführen und die nötige Stärkung der  
232 Regierungsführung intensivieren.

233

234 Eine besondere Rolle für Europa spielen die Staaten Nordafrikas. Sie bilden die südliche  
235 Gegenküste zur EU und sind unsere Nachbarn, deren Stabilität, Sicherheit und Prosperität  
236 direkt auch auf uns wirken.

237 Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Aussichten dieser Staaten wollen wir mit einer  
238 weiteren Öffnung des EU-Binnenmarkts für ihre Produkte und durch einen besseren Schutz  
239 von Investitionen bei ihnen beitragen. Tunesien ist das einzige nordafrikanische Land, in  
240 dem sich eine demokratische Grundordnung entwickelt hat. Wir werden Tunesien  
241 entwicklungspolitisch weiter unterstützen und bei der Sicherung seiner Grenzen und bei  
242 einer wirksamen Terrorbekämpfung zur Seite stehen. Zugleich müssen wir Tunesien dabei  
243 unterstützen, die Resilienz vor allem seiner jungen Bevölkerung gegenüber extremistischer  
244 Propaganda insbesondere des IS Terrors zu erhöhen.

245

246 **Entwicklungspolitik:**

247 **Neue Bedeutung der Entwicklungspolitik für Deutschlands Zukunft:**

248 Die Entwicklungspolitik hat für die Zukunft Deutschlands **neue grundlegende Bedeutung**  
249 erlangt. Die Flüchtlingskrise von 2015 hat auch der breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein  
250 gebracht, wie **eng die Welt** inzwischen **miteinander verflochten** und wie wenig  
251 selbstverständlich unsere eigene Lebensweise ist. Wir wollen deshalb unsere  
252 Entwicklungspolitik darauf ausrichten, zu einer gerechten Globalisierung und zu Stabilität,  
253 Sicherheit und Zukunftschancen für alle Menschen in der Welt beizutragen.

254

255 Die Globalisierung hat zwar in den letzten Jahren neue Dynamik gewonnen und positive  
256 Entwicklungswirkungen entfaltet. Viele Schwellen- und Entwicklungsländer haben erhebliche  
257 Fortschritte bei Wohlstand und Armutsreduktion gemacht. Es ist deutlich geworden, dass  
258 Sicherheit und Entwicklung zwei Seiten einer Medaille sind und darum gemeinsam gedacht  
259 und verfolgt werden müssen. Letztlich ist die Perspektive auf eine prosperierende Zukunft  
260 auch der beste langfristige Schutz vor einem Abgleiten in Kriminalität, illegale Migration oder  
261 Extremismus.

262

263 Dennoch stellt die Globalisierung die Weltgemeinschaft vor **existenzielle**  
264 **Herausforderungen** bei Beendigung der absoluten Armut in der Welt, bei  
265 Bevölkerungswachstum und Ernährungssicherung, durch Klimawandel und  
266 Energieversorgung, durch Ressourcenknappheit und wirtschaftliche Entwicklung, in den  
267 ökologischen Grenzen unseres Planeten. Aber auch Frieden, Sicherheit und Stabilität,  
268 Digitalisierung, Pandemien mit regionaler Ausbreitung, Migration und fortschreitende  
269 Urbanisierung sind zu berücksichtigen.

270

271 Die Vereinten Nationen rechnen 2050 mit einer Weltbevölkerung von ca. 10 Mrd. Menschen,  
272 alleine die Bevölkerung Afrikas wird sich verdoppeln. Diese Menschen wollen ein Leben in  
273 Würde führen, indem sie Armut und Hunger überwinden, Chancen auf Ausbildung und  
274 Einkommen realisieren sowie vor Krieg und Konflikt geschützt sein. Europa und Deutschland  
275 werden von dieser verstärkten **Globalisierungsdynamik** in ihrer unmittelbaren  
276 Nachbarschaft nicht zuletzt durch Migration herausgefordert sein. Deswegen ist eine  
277 werteorientierte und menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik für uns nicht nur eine  
278 **Konsequenz unseres christlichen Menschenbildes**, sondern im besten Sinne auch in  
279 unserem ureigenen Interesse.

280  
281 Wir begrüßen deshalb die historischen Steigerungen bei den **Ausgaben** für die  
282 Entwicklungszusammenarbeit in der nun auslaufenden Wahlperiode des Deutschen  
283 Bundestages und wollen das deutsche Engagement weiter intensivieren und **perspektivisch**  
284 **0,7 Prozent** für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) aufwenden. Institutionell und  
285 finanziell wollen wir die Handlungsfähigkeit unserer Entwicklungspolitik mit einem  
286 **weiterentwickelten eigenen Ministerium** stärken, in dem die Umsetzung der  
287 Nachhaltigkeitsziele noch stärker gebündelt wird. Diese Stärkung soll mit einer Verbesserung  
288 des kohärenten Handelns im Rahmen der Bundesregierung einhergehen. Mit einer  
289 **Entwicklungspolitik „Made in Germany“**, die unsere Erfahrungen und Stärken in der Welt  
290 nutzt, konsequent auf Effektivität, Ergebnisorientierung und Wirksamkeit ausgerichtet ist und  
291 die die Eigenleistungsbereitschaft unserer Partner berücksichtigt.

### 292 293 **Über Nachhaltigkeitsziele internationalen Wandel mitgestalten:**

294 Im Jahr 2015 haben 193 Staaten bei den Vereinten Nationen im Rahmen des  
295 Weltzukunftsvertrags 17 Nachhaltigkeitsziele beschlossen. Sie stellen gemeinsam mit dem  
296 Pariser Klimaabkommen den Zielkatalog der Staatengemeinschaft bis 2030 dar. Erstmals  
297 werden Fragen aus Entwicklung und Ökologie strukturell miteinander verzahnt, um den  
298 Teufelskreis aus Erosion der Lebensgrundlagen durch zunehmende Dürren, Stürme und  
299 Fluten bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum und Verteilungskonflikten zu  
300 durchbrechen. Für uns stellen die beiden Abkommen den **Kompass** für die Ausrichtung  
301 unserer Entwicklungspolitik dar.

302  
303 Private Investitionen schaffen Arbeitsplätze und Einkommen und damit Perspektiven für die  
304 Menschen vor Ort. Sie sind entscheidend für die Beseitigung von Hunger und Armut.  
305 Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für ein stärkeres Engagement der deutschen  
306 Wirtschaft in Entwicklungsländern neu aufstellen, indem Investitionsbedingungen u. a. durch  
307 Investitionsbürgschaften weiter verbessert, Risiken und die Schaffung von Arbeitsplätzen  
308 gezielt abgesichert und mit neuen Instrumenten höhere Anreize für unternehmerisches  
309 Engagement geschaffen werden. Damit werden wir zugleich dazu beitragen, dass sich die  
310 Anfälligkeit gerade junger Menschen für politischen oder religiösen Extremismus und die  
311 Bereitschaft zur Abwanderung vermindert.

312  
313 **Frauen** leisten einen maßgeblichen Betrag zu Entwicklung. Sie zu fördern machen wir zum  
314 Schwerpunkt und zur Querschnittsaufgabe. Wir setzen uns für die Förderung von Presse-  
315 und Meinungsfreiheit ein, für gesicherte Entfaltungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche  
316 Organisationen, den Schutz von Minderheiten und für eine Stärkung von Bürgerrechten. Wir  
317 wenden uns auch mit unserer Entwicklungspolitik gegen die wachsende Diskriminierung und  
318 Verfolgung von Christen in der Welt und werden den entwicklungsförderlichen Beitrag der  
319 Weltreligionen gezielt stärken.

320  
321 Mit den UN-Nachhaltigkeitszielen, dem Pariser Klimaabkommen und den Beschlüssen zur  
322 Entwicklungsfinanzierung von Addis Abeba hat die internationale Gemeinschaft die richtigen  
323 Weichenstellungen vorgenommen und die **Blaupause für eine tragfähige Zukunft**  
324 vorgelegt.

325  
326 Aktuell sind über 65 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Naturkatastrophen,  
327 rund doppelt so viele sind zum Überleben auf humanitäre Hilfe angewiesen, so viele  
328 Menschen wie nie. CDU und CSU werden sich deshalb auch zukünftig entsprechend der  
329 wachsenden Bedeutung humanitärer Hilfe engagieren. Dabei wollen wir neben dem Auftrag  
330 der humanitären Hilfe stärker die Aufgaben der Krisenprävention, der  
331 Katastrophenrisikovorsorge und der Friedensförderung im Rahmen der  
332 Entwicklungszusammenarbeit in den Blick nehmen und beide Bereiche stärker miteinander  
333 vernetzen. Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, die Handlungsfähigkeit der  
334 relevanten VN-Organisationen zu verbessern. Dies entspricht unserer Verantwortung, stärkt

335 unsere Stabilität, hilft schneller und gezielter den betroffenen Menschen in ihren  
336 Heimatregionen und reduziert Fluchtursachen.

337

### 338 **Kirchen, Zivilgesellschaft und die Wirtschaft sind unverzichtbare Partner**

339 Gerechte Globalisierung setzt voraus, dass **politisches, wirtschaftliches und**  
340 **gesellschaftliches Handeln** in **Einklang** gebracht wird. Nach unserem Verständnis richtet  
341 dabei die Politik ihr Handeln mit ihren Partnern an gemeinsamen Werten und Normen aus.  
342 Der hierfür notwendige **Paradigmenwechsel**, der eine **zukunftsweisende Partnerschaft**  
343 der **Politik** mit den **Kirchen**, der **Zivilgesellschaft** und der **Wirtschaft** vorsieht, ist einer  
344 unserer Hauptanliegen. Nur so kann Leben in Würde weltweit ermöglicht werden.

345

### 346 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik:**

347 Wir wollen die deutsche Sprache und unsere kulturellen, demokratischen und freiheitlichen  
348 Werte in Europa und der Welt vermitteln. Die deutschen Kultureinrichtungen wie das Goethe-  
349 Institut, der DAAD oder die Deutsche Welle müssen dafür adäquat ausgestattet werden. Das  
350 Netzwerk deutscher Auslandsschulen und internationaler Schulpartnerschaften soll  
351 ausgebaut und gestärkt werden. Das gilt auch für die berufliche Bildung, wo unter  
352 Einbeziehung von Mittlern, der Wirtschaft und lokaler Akteure Berufsbildung entwickelt  
353 werden sollen.

354

355 Das kulturelle Erbe, die Sprache und Identität von deutschen Minderheiten im Ausland  
356 wollen wir bewahren und stärken. Angehörige deutscher Minderheiten sind Brückenbauer in  
357 Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, die im europäischen Gedanken kultureller Vielfalt  
358 gebührend unterstützt werden sollen. Dabei soll auch eine lebendige Erinnerungskultur und  
359 Bildungsarbeit an historischen Gedenkorten weiterhin intensiv gepflegt werden.

360

361 Die deutsche UNESCO-Politik wollen wir stärken. Durch eine aktive Rolle Deutschlands in  
362 der UNESCO fördern wir im Rahmen der Vereinten Nationen die vier globalen Ziele Bildung,  
363 Wissenschaft, Kultur und Information.

364

365 Zerstörung von Kulturgütern durch Krieg und Terror stellen eine besondere Herausforderung  
366 dar. Auch durch die Stärkung von kultureller Identität und Stabilität in den betroffenen  
367 Regionen sollen Fluchtursachen vermindert und die Rückkehr von Flüchtlingen erleichtert  
368 werden. Der DAAD, das DAI und die Humboldt-Stiftung sollen auch künftig durch Stipendien  
369 eine aktive Rolle spielen, damit Flüchtlinge gewonnene Kompetenzen in ihren Heimatländern  
370 anwenden können.

371

372 Die Europäische Dimension auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik soll wieder vermehrt in  
373 den Blick genommen und der gemeinsame Wertebezug in der Europäischen Union gestärkt  
374 werden. Dazu gehören insbesondere starke kulturelle Identitätsbezüge eines vereinten  
375 Europas. Kulturelle Vielfalt sowie individuelle und künstlerische Ausdrucksformen wollen wir  
376 erhalten und weiter fördern.

377

### 378 **Menschenrechte:**

379 Unser weltweites Engagement für die Menschenrechte beruht auf unserem christlichen  
380 Menschenbild. Wir bekennen uns zu ihrer Universalität und Unteilbarkeit. Die Achtung der  
381 Würde und der Rechte eines jeden Einzelnen sind das Fundament für die demokratische,  
382 freiheitliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung eines jeden Landes.  
383 Menschenrechtsverletzungen stellen eine Gefahr für den Frieden und die internationale  
384 Sicherheit dar und sind häufig Ursachen für Flucht und Vertreibung.

385

386 Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht. Wo sie bedroht ist, werden häufig auch  
387 andere Menschenrechte missachtet. Wir setzen uns dafür ein, das Thema Religionsfreiheit  
388 zum festen Bestandteil der Außenpolitik zu machen. Deshalb fordern CDU und CSU die  
389 Schaffung des Amtes eines Sonderbeauftragten der Bundesregierung zur Förderung der  
390 Religionsfreiheit. Das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit ist ein elementares

391 Menschenrecht, das weltweit zunehmend bedroht wird. Die Solidarität mit benachteiligten  
392 und unterdrückten religiösen Minderheiten ist uns ein besonderes Anliegen. Die Union tritt  
393 deshalb weltweit für die Religionsfreiheit aller Menschen ein. Zu unserem Einsatz für die  
394 Religionsfreiheit gehört der beharrliche Einsatz für viele Millionen Christen in zahlreichen  
395 Ländern, die wegen ihres Glaubens bedrängt, verfolgt und vertrieben werden.

396  
397 Das gilt auch für Christen und andere religiöse Minderheiten in Flüchtlingsunterkünften in  
398 Deutschland. Wir achten darauf, dass Flüchtlinge in Unterkünften in unserem Land von  
399 Mitbewohnern nicht wegen ihres Glaubens bedrängt werden. Das Sicherheitspersonal muss  
400 hinreichend geschult sein, seine Aufgaben verantwortungsvoll und diskriminierungsfrei  
401 erfüllen und diesbezüglich regelmäßig einer Überprüfung unterzogen werden. Dolmetscher  
402 müssen öffentlich bestellt und vereidigt sein. Wer aus Diskriminierungs- und  
403 Bedrohungsgründen Asyl in Deutschland sucht, dann aber selbst diskriminiert und bedroht,  
404 verwirkt sein Recht auf Asyl.

405  
406 Sicherheit und Freiheit bedingen einander und sind die Grundlagen unserer offenen  
407 Gesellschaft. Zu den zentralen gelebten Normen und Werten zählt die Gleichberechtigung  
408 von Mann und Frau. Diese steht nicht zur Disposition, auch nicht mit vermeintlich kulturellen  
409 oder religiösen Begründungen. Die Union steht für unveräußerliche Grundwerte und den  
410 umfassenden Wertekanon des Grundgesetzes in unserem Land, damit Integration im Sinne  
411 gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts gelingt.

412  
413 Die Union wendet sich auch zukünftig entschlossen gegen die in vielen Staaten  
414 wahrzunehmende Tendenz der gezielten Einschränkung von Zivilgesellschaft, die sich für  
415 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Das  
416 Fundament einer jeden offenen und freiheitlichen Gesellschaft bilden **Presse-, Meinungs-,  
417 und Versammlungsfreiheit sowie freie und faire Wahlen**. Die Zensur von Meinungen  
418 verhindert eine demokratische Entwicklung. Es bleibt wichtig, junge Demokratien mit ihrem  
419 Vorbildcharakter in den jeweiligen Weltregionen zu befördern sowie aktive und kritische  
420 Zivilgesellschaften, insbesondere Menschenrechtsverteidiger, zu unterstützen.

421  
422 Wir treten weiterhin konsequent für die **Abschaffung der Todesstrafe und das Verbot von**  
423 **Folter** ein. Trotz eines weltweiten Trends zur Aussetzung und Abschaffung der Todesstrafe,  
424 sind einzelne besorgniserregende Entwicklungen, diese unmenschliche Strafe wieder  
425 einführen zu wollen, mehr als ein alarmierendes Signal.

426  
427 Wir bekämpfen beständig und nachdrücklich alle Formen von Menschenhandel, Sklaverei,  
428 Organhandel, Zwangsprostitution und Zwangsehen sowie Anschläge im Namen der „Ehre“.  
429 Dazu bedarf es umfassender Ursachenbekämpfung in den Ländern und Regionen der Welt  
430 und einer gezielten internationalen Zusammenarbeit.

431  
432 Für die Stärkung der Menschenrechtsschutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten  
433 Nationen, der Europäischen Union sowie des Europarates setzt sich die Union weiterhin  
434 nach Kräften ein. Für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes und der Ad-Hoc-  
435 Tribunale der Vereinten Nationen sowie deren Unterstützung durch die internationale  
436 Staatengemeinschaft engagieren wir uns auch zukünftig.

437  
438 **Freier und fairer Welthandel:**  
439 Handel muss Nachhaltigkeit fördern und die **Würde** aller Menschen und die **Schöpfung**  
440 bewahren. Wir fordern für alle Entwicklungsländer einen verbesserten Zugang zu den  
441 Märkten der Industriestaaten. Wir begrüßen deshalb die  
442 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU, die diesen Marktzugang den Staaten Afrikas  
443 und der Karibik gewährleisten sollen. Wir fordern zudem konsequente  
444 Überprüfungsmechanismen, die sicherstellen, dass handelspolitische Maßnahmen  
445 nachhaltige Entwicklung fördern.

446



447 Die Regierungen von Entwicklungsländern fordern wir auf, den regionalen Handel zu stärken  
448 und mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik lokaler Produktion und Beschäftigung Vorrang  
449 einzuräumen. Wir setzen daher den im Textilektor eingeschlagenen Weg konsequent fort,  
450 **Nachhaltigkeit** in **globalen Wertschöpfungsketten** über verantwortungsvollen Konsum  
451 und Beschaffung zu fördern. Künftig werden wir nachhaltige Lieferketten besonders für  
452 wichtige Agrargüter wie Palmöl, Soja, Kaffee, Kakao und Bananen stärken.

453

454 **Menschenwürdige Arbeitsbedingungen** müssen entsprechend den Kernarbeitsnormen  
455 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gestaltet sowie umweltgerechte  
456 Produktionsbedingungen erreicht werden.

457

#### 458 **Rohstoffsicherung:**

459 Um zu einer erfolgreichen Umsetzung der EU-Verordnung zu Sorgfaltspflichten beim  
460 Rohstoffbezug beizutragen, wollen wir **den Ausbau der bestehenden**  
461 **privatwirtschaftlichen Initiativen** fördern, wie z.B. die Extractive Industries Transparency  
462 Initiative (EITI), und den Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte konsequent umsetzen  
463 und fortlaufend stärken.

464

#### 465 **Energieaußenpolitik:**

466 Der Bau der zusätzlichen Leitungen zwischen Deutschland und Russland (Northstream III  
467 und IV) ist nicht nur eine Entscheidung der beteiligten Unternehmen, sondern hat auch  
468 außen- und europapolitische Folgen. Die von der EU erlassenen **Marktregeln** und die  
469 einzelstaatlich geltenden **Umweltschutzvorschriften** müssen auf jeden Fall in vollem  
470 Umfang eingehalten werden. Eine staatliche finanzielle Unterstützung bzw. staatliche  
471 Garantien sind für das Projekt nicht angebracht, nicht zuletzt wegen der aktuellen  
472 sicherheitspolitischen Erwägungen im Verhältnis der EU zu Russland. Die **europäische**  
473 **Energiesolidarität mit Polen und den baltischen Staaten** ist für uns ein wichtiger Beitrag  
474 der europäischen Integration.

475

#### 476 **Bundeswehr:**

477 Die Bundeswehr ist ein wesentliches Instrument der deutschen Außen- und  
478 Sicherheitspolitik. Sie ist der Garant unserer Sicherheit in dieser an Krisen reichen Zeit. Sie  
479 leistet relevante Beiträge zum Schutz und zur Verteidigung unseres Landes und unseres  
480 Bündnisses der NATO-Partner. Sie muss in einem vernetzten Ansatz aus zivilen und  
481 militärischen Mitteln zum Frieden und Sicherheit weltweit beitragen können. Die Bundeswehr  
482 muss somit das gesamte Spektrum militärischer Fähigkeiten vorhalten und ausbilden.  
483 Angesichts dieser Herausforderungen muss auch das zivile Engagement von Beginn an bei  
484 der Einsatzplanung berücksichtigt und ein übergreifender Ansatz gewährleistet werden. Der  
485 Deutsche Bundestag muss ebenfalls mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen  
486 Schritt halten. Daher muss er für eine umfassende Evaluierung des Engagements und  
487 wirksamere Krisenfrüherkennung politikfeldübergreifend wesentlich vernetzter arbeiten.  
488 Ferner muss er sich stärker in die strategische Debatte einbringen und dazu eine jährliche  
489 Aussprache führen.

490 Hinter diesen Leistungen in Einsätzen und Übungen stehen das Engagement und die  
491 Hingabe der Soldatinnen und Soldaten und der zivilen Angehörigen der Bundeswehr. Dafür  
492 gehört ihnen unser Rückhalt, Unterstützung und Respekt. Gesellschaft und Regierung sind  
493 verpflichtet, ihnen für ihren einzigartigen und oft gefährlichen Dienst möglichst optimale  
494 Rahmenbedingungen zu schaffen. Dieser Verpflichtung wollen wir mit aller Kraft  
495 nachkommen. Dazu gehören auch die besonderen Bedingungen des Soldatenberufs sowie  
496 die Notwendigkeit der Gewinnung von Fachexperten in der Bundeswehr im Dienstrecht  
497 stärker zu verankern.

498 Die Bundeswehr ist aufgrund der sicherheitspolitischen Lage gefordert wie selten zuvor. Sie  
499 muss sowohl zur Landes- und Bündnisverteidigung als auch zur Bewältigung internationaler  
500 Krisen befähigt sein. Dafür ist es notwendig, das gesamte in Frage kommende Spektrum  
501 militärischer Fähigkeiten vorzuhalten und ausbilden zu können sowie die Integration der  
502 Bundeswehr mit den Streitkräften ausgesuchter Partner weiter zu vertiefen. Es ist darum ein

503 wichtiger und richtiger Schritt gewesen, angesichts der Sicherheitslage den  
504 Schrumpfungprozess bei der Bundeswehr nach rund 25 Jahren zu beenden und  
505 Trendwenden hin zu einem Mehr bei den Finanzen, beim Personal und beim Material  
506 einzuleiten. So haben wir beim Material ein Investitionspaket von 130 Milliarden Euro bis  
507 2030 vorgelegt, mit dem die Leistungsfähigkeit, Einsatzbereitschaft und Modernität der  
508 Bundeswehr gewährleistet bleiben.  
509 Doch wir dürfen in unseren Anstrengungen jetzt nicht nachlassen. Denn die Aufgaben der  
510 Bundeswehr werden aufgrund der dynamischen und volatilen Sicherheitslage weltweit  
511 absehbar weiter zunehmen. Deswegen müssen wir die Bundeswehr weiter konsequent  
512 stärken, die vorhandenen Lücken in der Ausstattung füllen und stetig modernisieren. Für die  
513 Soldatinnen und Soldaten müssen die Rahmenbedingungen ihres fordernden Dienstes  
514 weiter verbessert werden. Dazu werden wir die eingeleiteten Trendwenden für Personal,  
515 Material und Finanzen in den kommenden Jahren weiter aktiv und ambitioniert vorantreiben.  
516 Entscheidend sind dabei die finanziellen Grundlagen. Wir konnten in der derzeitigen  
517 Legislaturperiode einen signifikanten Aufwuchs des Verteidigungshaushaltes erreichen. Und  
518 wir wollen die Verteidigungsausgaben auch weiter kontinuierlich erhöhen, um die für unsere  
519 Sicherheit notwendigen steigenden Investitionen in Personal und Material durchführen zu  
520 können. Mit diesen notwendigen kontinuierlichen Erhöhungen unseres  
521 Verteidigungshaushaltes werden wir auch unser Ziel stufenweise erreichen, die in der NATO  
522 vereinbarten 2 Prozent des BIPs für Verteidigung auszugeben und die Investitionsquote auf  
523 20 Prozent des gesamten Verteidigungsbudgets zu steigern.  
524 Dies ist auch notwendig, um die Bundeswehr für qualitativ neue Aufgaben zu wappnen. Dies  
525 gilt insbesondere für den Cyber- und Informationsraum. Die Bundeswehr hat mit der  
526 Aufstellung eines neuen Cyberkommando mit einem eigenen Cyberinspekteur hier eine  
527 wichtige Grundsatzentscheidung getroffen, die auch im internationalen Vergleich  
528 wegweisend ist. Jetzt werden wir Investitionen in hochqualifiziertes Personal und  
529 Spitzentechnologie folgen lassen und die Digitalisierung als das für die Bundeswehr  
530 entscheidende Projekt der kommenden Jahre umsetzen.  
531 Die Herausforderungen im Cyber- und Informationsraum sind zusammen mit dem  
532 internationalen Terrorismus die deutlichsten Beispiele dafür, dass innere und äußere  
533 Sicherheit heute verflochten und nicht mehr klar voneinander abzugrenzen sind. Wir werden  
534 darum den gegebenen rechtlichen Rahmen nutzen, um es der Bundeswehr zu ermöglichen,  
535 ihre spezifischen Fähigkeiten zur Unterstützung der Sicherheitsbehörden des Bundes und  
536 der Länder, falls deren Kräfte nicht ausreichen, einsetzen zu können – dies im Interesse der  
537 optimalen Sicherheit für die Menschen in unserem Land. Genügt hierfür der bisher  
538 bestehende rechtliche Rahmen nicht, so müssen wir ihn an die heutigen Herausforderungen  
539 anpassen.

540

541 **C43:**

542 Das **ehrenamtliche Engagement** ist eine tragende Säule für unseren gesellschaftlichen  
543 Zusammenhalt. Personalmangel und die Alterung der Gesellschaft sind eine  
544 Herausforderung für Blaulichtorganisationen und soziale Einrichtungen. Wir benötigen  
545 deshalb gezielte **Anreize zur Freiwilligkeit**, wie Anrechnung von Rentenpunkten und  
546 Anerkennung von „Credit Points“ für das Studium, um mehr junge Menschen für soziales  
547 Engagement zu gewinnen.